

**Haushalt einer Stadt im Aufbruch.
Die Zukunft der Bürger und Betriebe
sichern und gestalten.**

Rede des Finanzsenators Dr. Wolfgang Peiner

**zur Einbringung des vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
beschlossenen Entwurfs des Doppelhaushalts 2007/2008,
zur Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 und
zur Einführung der Eröffnungsbilanz
am 24. August 2006**

- Es gilt das gesprochene Wort -

1. Einleitung: Hamburg ist und bleibt stark und sozial

- **Hamburg ist eine Stadt im Aufbruch. Dies wird national und international wahrgenommen.**
- **Der Aufbruch kommt allen Menschen in Hamburg zugute, weil wirtschaftliche Stärke Voraussetzung dafür ist, dass Hamburg sozial ist und bleibt.**
- **Die Finanzpolitik des Senats entscheidet: Nicht „Sowohl-als-auch“, sondern sie setzt Prioritäten im Spannungsfeld zwischen der Förderung von Wirtschaftswachstum, Finanzierung politischer Schwerpunkte und der notwendigen Konsolidierung. Sie gestaltet damit den Rahmen für die Zukunft unserer Bürger und Betriebe.**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Jeder spürt es, jeder fühlt es: Hamburg ist eine Stadt im Aufbruch. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat einmal festgestellt, dass **Hamburg eine schlafende Schöne** sei. Wir haben die Worte Helmut Schmidts ernst genommen und Hamburg geweckt. Diese Stadt ist aufgewacht, das haben nicht nur die Medien beobachtet, nein die Bürger dieser Stadt wissen es und mittlerweile spürt es auch die ganze Republik. Der **Aufbruch ist Markenzeichen dieser Metropole** geworden. Dies wird in Berlin genauso wahrgenommen wie in München oder Düsseldorf. Und mehr und mehr in ganz Europa. Die vielen Investoren und Besucher dieser Stadt kommen auch aus Oslo, aus Stockholm, Barcelona und Prag, aber: sie kommen mittlerweile auch aus Shanghai und Dubai.

Der Aufbruch unserer Metropole **kommt allen Bürgerinnen und Bürgern zugute**. Nur eine wirtschaftlich starke Stadt kann den Schwachen helfen. Eine wirtschaftlich starke Stadt ist die Voraussetzung dafür, dass Hamburg eine soziale Stadt ist und bleibt. Dies ist unser **Ziel: Stark und sozial**.

Trotz des positiven konjunkturellen Umfeldes und der damit verbundenen Steuereinnahmen: Der finanzielle Spielraum für Hamburg wird – insbesondere aufgrund der Vorbelastungen durch Kredite und Altersversorgungslasten – immer enger. Unsere

Finanzpolitik steht deshalb im Spannungsfeld zwischen der Förderung der Wachstumskräfte, der Finanzierung der politischen Schwerpunkte und der notwendigen Konsolidierung. Um mit dem verfügbaren Finanzrahmen auszukommen, entscheidet eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik nach **Prioritäten: Nicht „Sowohl-als-auch“, sondern „Entweder-oder“**. Ziel ist dabei, den Rahmen für die Zukunft unserer Bürger und Betriebe, der Menschen und der Unternehmen in dieser Stadt zu gestalten – und ihnen über die politischen Schwerpunkte unserer Arbeit Chancen für ihre weitere Entwicklung aufzuzeigen.

Voraussetzung dafür ist ein solider, zukunftsweisender und verantwortungsbewusster Haushalt, der auch unsere Kinder und Enkelkinder in seine Planungen mit einbezieht und ihnen nicht – wie in der Vergangenheit – stets neue Zukunftslasten auferlegt. Dieser Anforderung wird der Senat gerecht.

Voraussetzung dafür ist eine gesamthafte Strategie, die die Ziele entwickelt und die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung klar benennt. Diese hat der Senat mit dem **Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“** in der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters festgelegt.

Aus dem Leitbild sind die Ziele der Finanzpolitik abgeleitet:

- Schaffen der Rahmenbedingungen zur Verwirklichung der gesamtstädtischen Ziele des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“,
- Stärken der Investitionen,
- Senken der Nettoneuverschuldung,
- Sichern des ausgeglichenen Betriebshaushaltes und Erwirtschaften von Überschüssen durch verantwortungsbewusste Konsolidierung,
- Erhöhen der Transparenz zusätzlich durch Einführung der kaufmännischen Buchführung.
- Das Leitbild stellt gleichzeitig die Entscheidungsgrundlage unserer Politik dar. Aus dem Leitbild leiten wir die Prioritäten und Posterioritäten ab.

Die Umsetzung dieser Ziele hat seit 2002 begonnen. Vieles ist bis heute erreicht. Vieles wird ohne Unterbrechung in den kommenden Jahren Aufgabe und Herausforderung sein.

Hierzu legen wir den Haushaltsplanentwurf 2007/2008, die Finanzplanung bis 2010 und die Eröffnungsbilanz vor:

- Der Senat bringt zum zweiten Mal in jüngerer Geschichte Hamburgs einen Doppelhaushalt (2007/2008) in die Bürgerschaft ein.
- Dazu legt er die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2006 bis 2010 vor.
- Außerdem führt der Senat erstmals in der Geschichte Hamburgs und als erstes Bundesland zusätzlich die Vorlage einer nach kaufmännischen Grundsätzen erstellten Eröffnungsbilanz in die Beratungen ein.
- Zu den Beratungen wird mit dem Halbjahresbericht auch der bisherige Verlauf des Haushalts 2006 dokumentiert.

2. Transparenz ist Voraussetzung für Entscheidungen und ihre Umsetzung

- **Hamburg ist wirtschaftlich stark. Die guten Wirtschaftsdaten belegen die Aufbruchstimmung.**
- **Die Einführung der Doppik und der Eröffnungsbilanz schaffen Transparenz über Substanzverzehr und Zukunftslasten.**
- **Die Doppik macht finanzpolitische Herausforderungen und Handlungsbedarfe transparent: Ausgeglichener Betriebshaushalt reicht nicht aus, in 6 bis 10 Jahren muss Ergebnisrechnung ausgeglichen sein.**

Ohne transparente Entscheidungsgrundlagen können die im Leitbild vorgegebenen Ziele nicht erreicht werden. Steuerung des Haushalts ist ohne Transparenz über die Rahmenbedingungen und Zahlen nicht möglich.

Transparenz macht zudem Entscheidungen nachvollziehbar, für die Bürgerschaft und die Verwaltung, aber vor allem für die Bürger und Betriebe unserer Stadt. Transparenz ist Klarheit über die Zahlen, Rechenwege und das Vermögen sowie die Belastungen des öffentlichen Haushalts.

a) Über die wirtschaftliche Lage haben wir hinreichende Kenntnisse:

Hierfür sorgen die vielen Wirtschaftsforschungsinstitute, der Finanzplanungsrat, die Handelskammer und nicht zuletzt die Verwaltung, die diese Daten bewertet. Die wesentlichen Stichworte:

- Die Weltwirtschaft ist in einer sehr guten Verfassung, Motor der dynamischen globalen Entwicklung bleiben die USA sowie der asiatische Raum und in diesem vor allem China und Indien.
- Die Wirtschaft im Euroraum wuchs im zweiten Quartal dieses Jahres um 0,9% gegenüber dem Vorquartal.

- Die Entwicklung der **Wirtschaft in Hamburg** hebt sich von der Entwicklung in Gesamtdeutschland, die zuletzt genau dem Schnitt der 12 Eurostaaten entsprach, positiv ab. Gerade die Wirtschaftsdaten zeigen, dass die Stadt im Aufbruch begriffen ist. In 2005 hatte Hamburg ein reales BIP-Wachstum von 1,3% gegenüber 0,9% im Bund.
 - Hamburg ist durch seine geopolitische Lage infolge der Wiedervereinigung und der EU-Osterweiterung als Gewinner der Globalisierung begünstigt: Die Stadt gewinnt ihre Funktion als natürliche Drehscheibe des Handels zwischen den Wachstumsmärkten des Ostseeraums und Osteuropas sowie den Weltmärkten in Amerika und dem asiatisch-pazifischen Raum zurück.
 - Der Geschäftsklima-Indikator der Handelskammer liegt nach dem 2. Quartal 2006 bei 127 Punkten und damit um 17 Punkte über dem vergleichbaren Vorjahresstand. Die Neigung der Unternehmen zu Investitionen und Ausweitung der Beschäftigung ist so positiv wie seit 15 Jahren nicht mehr.
 - Ähnlich gut ist die Lage des Hamburger Handwerks: Der Geschäftsklimaindex der Handwerkskammer kletterte auf 75 Punkte, was ein Plus von zwölf Zählern gegenüber dem Vorjahr und ebenfalls den besten Stand seit 15 Jahren bedeutet.
 - Hamburg zieht neue Einwohner an: Die Zahl der Einwohner wuchs von 1,726 Mio. Ende 2001 auf 1,744 Mio. Ende 2005. Hamburg ist vor allem für junge Menschen attraktiv. So weist die Stadt 2005 einen Zuzugsüberschuss von 12.159 in der Altersklasse der 20 bis 29jährigen auf. Auch der Umlandwanderungssaldo sank in den letzten Jahren auf rund -6000 pro Jahr, nachdem er Ende der 90er Jahre noch bei über -9000 gelegen hatte.
 - Die positive Entwicklung der Stadt wird auch überregional wahrgenommen: So wurde Hamburg wiederholt Sieger im Bundesländer-Ranking der Bertelsmann-Stiftung (vor Bayern), die besonders die hohe Wirtschaftskraft sowie die **Aufbruchstimmung und den Willen zur Veränderung** in Richtung des Leitbilds lobte.
 - Eine Zahl ist für mich in diesem Zusammenhang bedeutsam: Die Arbeitsplätze in dieser Stadt – die übrigens auch vielen Menschen aus

der Metropolregion ihre Existenzgrundlage sichert. Hamburg liegt beim Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse (1. Arbeitsmarkt!) mit deutlichem Abstand vor anderen Bundesländern. Die Steigerungsrate lag im Juli dieses Jahres bei 1,2% gegenüber dem Vorjahresmonat (Bundesschnitt +0,2%). Die Stadt hat sich bereits seit September 2004 positiv vom Westdeutschen Trend abgekoppelt. Im Gegenzug sank die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahresvergleich um 6.427 (= - 6,2%) auf 97.418. Dies ist der höchste absolute Rückgang der Arbeitslosigkeit seit März 2001.

b) Neben den Wirtschaftsdaten sind die **kameral erfassten Zahlen** in großem Umfang verfügbar.

- In Hunderten von Einzeltiteln. Dies ist bundesgesetzlich im Haushaltsgrundsätzegesetz vorgeschrieben.
- Seit einigen Jahren gibt es in Hamburg die „gelben Seiten“, die Produktinformationen, die in Ansätzen versuchen, Wirkungen von Ausgaben zu erfassen. Sie sind inzwischen etablierte Beratungsgrundlage in den Ausschüssen der Bürgerschaft.
- Seit 2003 gibt es einen detaillierten Zuwendungsbericht, der für Entscheidungen genutzt werden kann.
- Ob diese in mehreren Bänden gebundenen Zahlen transparent die politischen Entscheidungen nachvollziehbar machen oder gar eine effiziente Steuerung durch Senat und Bürgerschaft erlauben, ist in Anbetracht der Komplexität mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Zusätzliche und neue Instrumente sind nötig.

c) Doppik gibt zusätzliche Transparenz

- Hamburg hat – auf der Grundlage eines einstimmigen Ersuchens der Bürgerschaft an den Senat – die Doppik („doppelte Buchführung in Kontenform“) eingeführt und als erstes Bundesland eine **Eröffnungsbilanz** vorgelegt.

- Die heute in die Haushaltsberatungen eingeführten Daten dieser Eröffnungsbilanz geben dazu Gelegenheit, gemeinsam mit dem Parlament über die neuen Möglichkeiten der Steuerung der knappen Ressourcen – d.h. der Steuergelder der Bürger und Betriebe – zu sprechen. Wir müssen dies so früh wie möglich tun.
 - Die Eröffnungsbilanz gibt bereits einen Überblick über das Vermögen und die Schulden Hamburgs zum Stichtag 01. Januar 2006. Hamburg kann – noch – wie ein ordentlicher Kaufmann ein Eigenkapital in Höhe von 4 Mrd. € aufweisen.

- Auf den 31. Dezember eines jeden Jahres werden dann **Jahresabschlüsse** aufgestellt, die jeweils eine Ergebnisrechnung enthalten – im Handelsgesetzbuch Gewinn- und Verlustrechnung genannt –, aus der transparent abgelesen werden kann, in welchem Umfang **Substanz unserer Stadt** verzehrt wurde. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, ob die Alster mit 4,4 oder 4,8 Mio. € bewertet wurde, sondern auf die Bewertungsstetigkeit, d.h. auf die Beibehaltung der ermittelten Werte in den Folgebilanzen.
 - Die neue Transparenz verhindert Entscheidungen über falsche Anreize: Über die Ergebnisrechnung wird sichergestellt, dass bei Investitionen, deren kreditäre Finanzierung ja (gesamt-) wirtschaftlich durchaus sinnvoll sein kann, der Werteverzehr mit einbezogen wird. Gleichzeitig stellt die Doppik klar, dass durch Vermögensveräußerungen in der Regel keine nennenswerten Erträge ausgewiesen werden, weil der Wert des veräußerten Vermögens mit der Einnahme aus dem Verkauf verrechnet werden muss.
 - Zusammen mit der Kosten- und Leistungsrechnung ermöglicht die Doppik, klare Antworten darauf zu geben, wie viel die Wahrnehmung einzelner Aufgaben durch die Verwaltung kostet.
 - Der größte Vorteil der Einführung der Doppik ist jedoch, dass sie die **finanzpolitischen Herausforderungen und Handlungsbedarfe**, vor denen Hamburg steht, für die Bürger unserer Stadt, die Politik und die Verwaltung transparent macht: Wir werden künftig wissen, ob im Laufe eines Jahres Vermögen vermehrt oder verbraucht wurde, ob also der Substanzabbau unserer Stadt gestoppt oder zumindest verlangsamt

werden konnte. Hamburg finanziert auch in den nächsten Jahren die öffentlichen Investitionen noch durch Kreditaufnahme oder Vermögensmobilisierung – mit der Folge, dass die Substanz der Stadt weiter ausgehöhlt wird. Bereits jetzt ist klar: Die erste Ergebnisrechnung wird einen **Fehlbetrag von bis zu 1 Mrd. €** aufweisen, weil Abschreibungen auf Investitionen und Rückstellungen (z.B. für Pensionen) in die kaufmännische Ergebnisrechnung einfließen.

- Dies nimmt der Senat zum Anlass, seine **finanzpolitischen Ziele noch strikter zu formulieren**: Der nach kameraler Rechnung ausgeglichene Betriebshaushalt reicht mittelfristig nicht aus. Deshalb muss in den nächsten **6 bis 10 Jahren** – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Steuereinnahmen – die **kaufmännische Ergebnisrechnung ausgeglichen** sein.
 - Das bedeutet, dass Hamburg bis dahin die Abschreibungen auf seine Investitionen aus laufenden Erträgen decken können und die notwendigen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen verdienen muss. Dies entspricht einem Verbesserungsbedarf von bis zu 1 Mrd. €, was in etwa dem Betrag gleichkommt, den Hamburg heute noch im Gesamthaushalt durch Nettokreditaufnahme und Vermögensmobilisierung deckt.
 - Hamburg bleibt – auch nach Einführung der Doppik – ein dem Sozialen verpflichtetes Gemeinwesen. Aber auch ein dem Sozialen verpflichtetes Gemeinwesen muss wissen, ob es zu Lasten künftiger Generationen lebt. Hamburg besitzt zur Beantwortung dieser Frage jetzt einen Kompass als Gradmesser für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

3. Erfolgreiche Finanzpolitik durch verantwortungsbewusste Konsolidierung in den Jahren 2002 bis 2006

- **Struktureller Ausgleich Betriebshaushalt war wichtigstes Einzelziel dieser Legislaturperiode (erreicht 2005). Methode war die verantwortungsbewusste Konsolidierung.**
- **Senken der Nettokreditaufnahme (von 800 Mio. € (2003) auf 650 Mio. € (2006/Plan). In 2006 zusätzlich um 50 Mio. €, d.h. auf 600 Mio. €.**
- **Investitionen wurden von Kreditaufnahme entkoppelt und auf hohem Niveau verstetigt. SIP bis 2010 dient der Umsetzung der Ziele des Leitbilds.**
- **Altlasten wurden beseitigt, zuletzt Versorgungsaltlasten.**

Im Sinne dieser nachhaltigen Haushaltspolitik handeln wir seit fünf Jahren. Da wir in den kommenden Wochen auch den Haushaltsverlauf 2006 beraten und die bis heute erreichten Etappenziele Grundlage für den Haushalt 2007/2008 sind, werde ich das Erreichte anhand der Leitentscheidungen seit 2002 erläutern.

a) Struktureller Ausgleich des Betriebshaushalts

- Der ausgeglichene Betriebshaushalt war die wichtigste Entscheidung und zugleich das wichtigste Einzelziel für diese Legislaturperiode. Dieses Ziel haben wir mit dem Jahresabschluss 2005 erreicht.
- Dass der Ausgleich des Betriebshaushaltes schon 2005 erreicht wurde und dies auch im laufenden Haushaltsjahr sowie in den Jahren des heute eingebrachten Haushalts 2007 und 2008 gelingen wird, ist angesichts der erschweren finanziellen Ausgangslage, vor der wir im Herbst 2001 standen, um so höher zu bewerten. Aber das zeigt auch: Ziele, die aus einer gesamthaften Strategie für die Stadt abgeleitet sind, geben die notwendige Grundlage und Sicherheit für die richtigen Entscheidungen.

b) Methode: Verantwortungsbewusste Konsolidierung

- Der Weg, die Methode ist mit der verantwortungsbewussten Konsolidierung beschrieben: Konsolidierung des Haushalts auf der Ausgaben- und Einnahmenseite ohne die notwendigen Investitionen in die Zukunft der Stadt zu vernachlässigen.
 - Die politischen Schwerpunkte des Senats – Wirtschaft und Arbeit, Innere Sicherheit, Bildung sowie Familie – wurden solide finanziert.
 - Durch die Konsolidierungsmaßnahmen (Jesteburg I und II, Konsolidierungsprogramm 2005/2006) konnten die Haushalte strukturell um rd. 500 Mio. Euro entlastet werden.
 - Die Konsolidierungs-Methode der Aufgabenkritik entspricht dem Leitbild und seinen Schwerpunkten. Wir haben nach Kriterien, die aus dem Leitbild entwickelt wurden, entschieden, welche Aufgaben in welchem Umfang vom Staat selbst zu erbringen sind und welche nicht. Denn jedes quotenmäßige Sparen birgt die Gefahr, Schwerpunkte aus dem Auge zu verlieren und nicht nach langfristigen Zielen, sondern nach aktueller Kassenlage zu entscheiden.
 - Gleichzeitig bleibt Nachsteuern möglich (z.B. Verschieben / Zwischenfinanzieren oder Austausch von Maßnahmen) und in einigen Fällen notwendig. Wichtig ist, dass das Gesamtergebnis der Konsolidierung erreicht wurde.
 - Die Maßnahmen betrafen vier Kategorien: Leistungseinschränkungen und Absenkungen staatlicher Leistungsstandards, vertretbare Zuwendungskürzungen, Einnahmeerhöhungen und Effizienzsteigerungen in der Verwaltung.
 - Die Einzelheiten zu allen Konsolidierungsprogrammen haben wir im Vorbericht zum Finanzbericht 2007/2008 dargestellt, um für die Beurteilung die größtmögliche Transparenz herzustellen.

- Mit dem Ausgleich des Betriebshaushalts ist die **Konsolidierung nicht zu Ende**. Sie ist ständige Aufgabe und sie verlangt weiterhin Entscheidungen („Entweder-oder“). Denn in Zukunft sollen im Betriebshaushalt Überschüsse erwirtschaftet werden, um ohne Nettokreditaufnahme auszukommen.

c) Senken der Nettokreditaufnahme

- Die von der Bürgerschaft genehmigte Neuverschuldung wurde in jährlichen Schritten von 800 Mio. € in 2003 auf 650 Mio. € im laufenden Jahr abgesenkt – wohl gemerkt: Gleichzeitig wurden die Investitionsausgaben auf hohem Niveau verstetigt.
 - Unmittelbare Auswirkung: Der Anstieg der Zinsausgaben im Betriebshaushalt wird gebremst.
 - Wichtig ist die stetig fallende Linie und damit die Verdeutlichung der Selbstverpflichtung zur Rückführung auf Null.

- Der Senat geht aufgrund der derzeitigen Entwicklung der Steuereinnahmen davon aus, dass auch im laufenden Jahr auf die Aufnahme von Krediten in einer Höhe von 50 Mio. € verzichtet werden kann, so dass Hamburg die Nettokreditaufnahme bereits in 2006 auf 600 Mio. € absenken kann. Wir werden Gelegenheit haben, dies im Rahmen der Drucksache zum Haushaltsverlauf 2006 zu beraten.

- Nettokreditaufnahme darf mittelfristig nicht mehr notwendig sein, um Investitionen zu finanzieren oder im doppischen System: Die Abschreibungen müssen im Betriebshaushalt erwirtschaftet werden.

d) Verstetigen der Investitionsausgaben auf hohem Niveau

- Grundsatz: Investitionsausgaben von der Nettoneuverschuldung abkoppeln. Die Verfassung erlaubt zwar kreditäre Finanzierung von Investitionen – aber es ist ein Irrtum zu glauben, sie verpflichte dazu.

- Wichtiges Entscheidungskriterium: Öffentliche Investitionen aus Haushaltsmitteln und die Investitionen öffentlicher Unternehmen ziehen hohe private Investitionen nach sich und stärken so die Wachstumskräfte in Hamburg.

- Obergrenze wird Jahr für Jahr über 1 Mrd. € gehalten.

- **Sonderinvestitionsprogramm:** Zur Umsetzung von Maßnahmen in den strategischen Handlungsfeldern des Leitbilds „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ wurde im April 2004 die Auflage des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“ (SIP) im Umfang von 1 Mrd. € beschlossen. Aus dem SIP werden insbesondere Infrastrukturprojekte und Vorhaben mit „Leuchtturmcharakter“ sowie internationaler Wirkung finanziert, mit dem Ziel, Hamburg zu einer starken Stadt zu machen, die Investitionen und Arbeitsplätze in der Wirtschaft anzieht. Mittlerweile sind von der 1 Mrd. € bereits mehr als die Hälfte (578,1 Mio. €) durch Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft mit konkreten Maßnahmen belegt:
 - Dazu zählen Mittel für den Ausbau des Hafens, für das Luftfahrtcluster Hamburg, die Wachstumsoffensive Mittelstand, das Centrum für angewandte Nanotechnologie, für DESY/PETRA III, den Ausbau der Endo-Klinik, die Erschließung der HafenCity, die Verbesserung des Verkehrsflusses, die Förderung familienfreundlichen Wohnungsbaus, die Elbphilharmonie oder das Troparium beim Tierpark Hagenbeck.
- Solange die Überschüsse im Betriebshaushalt nicht ausreichen, werden wir Investitionen auch durch Einnahmen aus der Mobilisierung von städtischem Vermögen finanzieren, um die Neuverschuldung abzusenken: Wir schichten also altes in neues Vermögen um. Beispiele sind der Verkauf von Forderungen der Wohnungsbaukreditanstalt oder das Projekt PRIMO.

e) Beseitigen von Altlasten

- Altlasten sind Probleme, die sich über viele Legislaturperioden aufgebaut haben, insbesondere Versorgungslasten bei öffentlichen Unternehmen, aber auch der schlechte Erhaltungszustand der Schulgebäude.
 - Wir haben uns der Lösung dieser Probleme angenommen. Es geht hier nicht um Schuldzuweisung, sondern um die notwendigen Entscheidungen.
- Das hoffentlich letzte große Altlasten-Problem wird mit dem **Hamburger Versorgungsfonds** HVF gelöst. Als das UKE, die Hamburger Friedhöfe, das

Studierendenwerk, pflegen und wohnen sowie der LBK verselbstständigt wurden, hat man diesen bereits entstandene Versorgungslasten zugeordnet, ohne dass hierfür ausreichende Rückstellungen vorhanden waren. Die Einrichtungen sind nicht in der Lage, diese Versorgungslasten aus ihren Erträgen zu finanzieren. Der Senat wird in den nächsten Tagen die Errichtung des Versorgungsfonds beschließen, so dass darüber mit dem Haushalt beraten werden kann.

f) Effiziente, zielorientiert handelnde und bürgernahe Verwaltung

- Grundsatz: „Zeit ist Geld“. Eine Verwaltung dient dem Bürger, dem Betrieb, dem Investor. Sie ist damit ein Standortfaktor. Sie soll Rahmenbedingungen schaffen, um unsere Stadt zu einer starken und sozialen Metropole zu entwickeln. Die Verwaltung darf nicht ihre Kraft auf die Verhinderung der notwendigen Veränderungen setzen.
- Entscheidungen über zentrale Strukturen (z.B. Liegenschaftsmanagement) und dezentrale Einheiten (Stärkung der Kompetenzen der Bezirksämter) wurden am Leitbild ausgerichtet.
- Mit der Bezirks- und Verwaltungsreform werden Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung übersichtlicher gestaltet, Verfahren beschleunigt und die Kundenorientierung deutlich verbessert.
- Außerdem werden wir die Vergleichbarkeit der Leistungserbringung herstellen, um die Leistung der Verwaltungseinheiten messbar zu machen.
- Anreize werden gesetzt, um Handeln zu belohnen.

4. Strikte Fortführung der verantwortungsbewussten Konsolidierung mit dem Haushalt 2007/2008 und Finanzplan 2006 bis 2010

- Überschüsse aus **Betriebshaushalt** dienen Finanzierung von Investitionen und Absenkung der Neuverschuldung. Zusätzliches Geld für konsumtive Ausgaben ist nicht vorhanden.
- Nettokreditaufnahme sinkt auf 550 Mio. € (2007) und dann linear auf 400 Mio. € (2010).
- Investitionsausgaben werden bei rd. 1,13 Mrd. € verstetigt.
- Die Schwerpunkte des Leitbilds sind solide finanziert (Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Wissenschaft, Familie, Innere Sicherheit, Stadtentwicklung).
- Risiken bleiben bestehen: Aktuelle Entwicklung der Steuereinnahmen in diesem Jahr sind nicht fortschreibbar; Zinsentwicklung; Hartz IV – Erstattungsleistungen des Bundes.
- Fehler des Jahres 2001 (Verkündung des Endes der Konsolidierung) dürfen nicht wiederholt werden.

a) Die wichtigsten Eckdaten

- Die **Hamburg verbleibenden Steuern** steigen auf rd. 7,5 Mrd. € (2007) bzw. 7,7 Mrd. € (2008). Mit der Finanzplanung ist in 2009 von 8,0 Mrd. € und 2010 von 8,4 Mrd. € auszugehen. Die steigenden Einnahmen eröffnen keine zusätzlichen Spielräume – sie sind bereits in der Finanzplanung bis 2010 eingesetzt.
- Die **bereinigten Gesamtausgaben** umfassen ein Volumen von rd. 9,9 Mrd. € (2007) bzw. 10,1 Mrd. € (2008). Sie steigen auf rd. 10,4 Mrd. € (2009) bzw. 10,5 Mrd. € (2010).
 - Die bereinigten Gesamtausgaben steigen im Zeitraum 2007-2010 durchschnittlich um jährlich 2,25 %. Dieser Wert liegt zwar über der im Finanzplanungsrat vereinbarten Zuwachsrate. Es gibt aber verschiedene Ursachen, die eine solche Steigerung begründen und auch rechtfertigen:

- Bei Betrachtung von Ausgabensteigerungen kommt es entscheidend auf die Basis an. Diese Basis ist in Hamburg aufgrund der Konsolidierungsleistungen der vergangenen Jahre niedriger als in anderen Ländern. Bisher ist dabei ein Gesamtvolumen von über 1,7 Mrd. € strukturell eingespart worden (fast 20 % der Ausgaben). Kaum ein anderes Bundesland hat solche Konsolidierungsleistungen geschafft! Bei einem verhältnismäßig niedrigen Ausgabenniveau ist es kaum zu vermeiden, dass es in einigen Bereichen zu höheren Ausgabensteigerungen kommt.
- Hinzu kommt, dass statistische Effekte das Bild verzerren können. Im Jahr 2005 hatten wir mit -1,7 % einen deutlichen Rückgang des Ausgabenniveaus. Und auch für 2006 planen wir zurzeit keine Erhöhung der bereinigten Gesamtausgaben (0,0 %). Darin zeigt sich die erfolgreiche Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Die Basis ist gesunken, die Ausgabensteigerungen der folgenden Jahre fallen selbstverständlich wieder höher aus – ein rein statistischer Effekt.
- Und außerdem: Mit den überdurchschnittlichen Steigerungen finanzieren wir auch Investitionen, die im Interesse Hamburgs liegen. Allein im Jahr 2007 steigen die Investitionsausgaben um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr. Dieser Effekt führt natürlich auch zu einer erhöhten Zuwachsrate der Gesamtausgaben. Leider nimmt der Finanzplanungsrat keine Differenzierung zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben vor.
- Daneben gibt es noch eine Reihe vom Senat nicht steuerbarer Ausgaben, die in den kommenden Jahren zu überdurchschnittlichen Steigerungen führen. Ich nenne nur die Zinsausgaben, die Tarifsteigerungen und Versorgungsausgaben sowie die Sozialhilfe. Bei der Sozialhilfe teilt Hamburg das Leid nahezu aller Kommunen in Deutschland. Insofern sind unter den Ländern vor allem die Stadtstaaten von dieser Problematik betroffen.

- Die **Investitionsausgaben** steigen auf 1,13 Mrd. € (2007) bzw. 1,14 Mrd. € (2008) und werden in 2009 und 2010 auf der Höhe von jeweils ca. 1,13 Mrd. € verstetigt.
- Die **Nettokreditaufnahme** sinkt auf 550 Mio. € (2007) bzw. 500 Mio. € (2008), in 2009 auf 450 Mio. € und in 2010 auf 400 Mio. €.
- Die zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen notwendigen Einnahmen aus **Vermögensmobilisierung** und Entnahmen aus Rücklagen und Stöcken liegen in 2007 bei rd. 430 Mio. €, in 2008 bei rd. 460 Mio. € und in 2009 bei rd. 510 Mio. € sowie in 2010 bei rd. 340 Mio. €.

b) Überschüsse im Betriebshaushalt zur Finanzierung der Investitionen

- Die Fortsetzung des Konsolidierungskurses ist zwingende Aufgabe!
- Nach dem Ausgleich des Betriebshaushalts sind ab 2007 anwachsende Überschüsse veranschlagt bzw. bis 2010 geplant: 23 Mio. € (2007) bzw. 61 Mio. € (2008), in 2009 56 Mio. € und dann deutlich aufwachsend auf rd. 255 Mio. € in 2010.
- Der Überschuss im Betriebshaushalt dient zur Finanzierung von Investitionen (und damit zur Absenkung der Neuverschuldung). Er steht für Mehrausgaben im Betriebshaushalt nicht zur Verfügung. Neue Programme müssen wie bisher durch Umschichtungen finanziert werden – **es ist kein zusätzliches Geld für konsumtive Ausgaben vorhanden!** Aufgabenkritik und Überrollung – d.h. Fortschreibung der Ansätze aus dem Vorjahr – bleiben Grundprinzipien verantwortungsbewusster Finanzpolitik.

c) Die Schwerpunkte des Leitbildes sind solide finanziert

- Vorweg: Hamburg gibt jedes Jahr über 2 Mrd. € für den **Sozialbereich** aus. Dies sind ca. 20% der bereinigten Gesamtausgaben und damit der größte Ausgabenbereich der Stadt. Damit Hamburg sich diese – für einen Sozialstaat

im Sinne des Grundgesetzes wichtigen – Ausgaben mittelfristig leisten kann, ist eine wirtschaftlich starke Stadt im Sinne des Leitbilds „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ zwingende Voraussetzung.

- **Wirtschaft und Arbeit:** Zu den Hauptzielen des Leitbilds gehört es, ein überdurchschnittliches **Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum** zu erzielen. Dies ist nötig, um die Existenzgrundlagen der Menschen in dieser Stadt dauerhaft zu sichern. Dazu steuert der Senat zu einer clusterorientierten Wirtschaftspolitik um. Der Senat plant allein im Einzelplan der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in den Jahren 2007 – 2012 **Investitionsmittel** von rd. 230 Mio. € zur Verfügung zu stellen, worin Mittel für Hafeninvestitionen noch nicht einmal enthalten sind. Der Senat fördert **Beschäftigungswachstum im Ersten Arbeitsmarkt** nachhaltig. Dazu investiert Hamburg in dauerhafte Arbeitsplätze des Ersten Arbeitsmarkts. Hierzu werden ab 2007 jährlich 25 Mio. € umgeschichtet, um das Entstehen von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in den definierten Clustern zu fördern. Trotzdem bleibt auch die Arbeitsmarktförderung Priorität: Hamburg gibt hierfür trotz der Umschichtung pro Kopf unter den Ländern am meisten aus. Um die Zukunft des boomenden **Hafens** langfristig abzusichern, stellt die Stadt der Hamburg Port Authority für Investitionen in die allgemeine Hafeninfrastruktur in den Jahren 2007 – 2012 insgesamt rd. 811 Mio. € zur Verfügung.
- **Bildung und Wissenschaft** werden im Rahmen des Leitprojekts „Hamburg – Metropole des Wissens“ besonders gefördert und mit den wirtschaftspolitischen Clustern stärker verknüpft. Im schulischen Bereich hat der Senat konsequent zur Output-Orientierung umgesteuert. Mit diesem Doppelhaushalt findet nun auch eine grundsätzliche Neuausrichtung im **Lehrerstellenplan** statt: Das Personalkostenbudget wird künftig unterjährig angepasst, um auf aktuellen Entwicklungen an einzelnen Schulen reagieren zu können und die Steuerungsfähigkeit zu verbessern. Ziel ist eine jederzeit bedarfsgerechte Versorgung mit Lehrkräften und pädagogischen Unterrichtshilfen. Gleichzeitig stellt die Änderung einen Beitrag zur Erhöhung der Transparenz dar. Auch in 2007 und 2008 werden die Finanzhilfen für **Schulen in freier Trägerschaft** gegenüber dem Ansatz 2006 um ca. 10,5 bzw. 16,3 Mio. EUR erhöht. Damit wird der

Erhöhung des staatlichen Finanzierungsanteils, steigenden Schülerzahlen und dem Ausbau von Ganztagschulen Rechnung getragen. Herausragendes Einzelprojekt der Finanzplanperiode im Wissenschaftsbereich bleibt die Umsetzung des „**Masterplans UKE**“, dessen Finanzierung bis 2010 läuft. Mit einem Investitionsvolumen von rd. 350 Mio. € über 7 Jahre erhält Hamburg ein Universitätsklinikum auf höchstem Niveau.

- Der **Familien-Bereich** bleibt Schwerpunkt der Senatspolitik. Die vorbildliche **KITA-Betreuung** – für die Hamburg pro Jahr 335 Mio. € ausgibt (das ist fast soviel wie die gesamten Grundsteuereinnahmen) – leistet einen entscheidenden Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist je Einwohner mehr als je zuvor und mehr als alle vergleichbaren Großstädte in Deutschland pro Kopf leisten. Daneben werden die Mittel für den Opferschutz aufgestockt und die **Hilfen für junge Familien**, wie Familienhebammenprojekte, Mütterberatungsstellen und Familienzentren ausgebaut.
- **Innere Sicherheit**: Für die Lebensqualität in der Wachsenden Stadt ist ein hohes Maß – auch an gefühlter – Innerer Sicherheit unabdingbare Voraussetzung. In den vergangenen Jahren ist es bereits zu spürbaren **Strukturverbesserungen** bei Polizei, Verfassungsschutz und Feuerwehr gekommen. Auch in Zukunft bleibt die Innere Sicherheit Schwerpunkt der Politik in Hamburg. Für die Jahre 2007 und 2008 sind zusätzliche Personal- und Sachausgaben in Höhe von 11 Mio. Euro für die Polizei veranschlagt worden, u.a. zur Intensivierung der Terrorismusbekämpfung.
- **Stadtentwicklung und Verkehr**: Die Stadt stellt die für den Bau der **U4** in die Hafencity benötigten Mittel in den Planjahren 2007 – 2011 zur Verfügung. Die Kosten für diesen Abschnitt der U4 betragen rd. 255 Mio. €. Mit dieser Investition trägt die Stadt entscheidend zum Erfolg des größten städtebaulichen Projektes Europas bei. Für die **Stadterneuerung** werden 2007-2010 Investitionsmittel in Höhe von mehr als 76 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Internationale Gartenschau (**IGS**) 2013 und die Internationale Bauausstellung (**IBA**) 2013 tragen dazu bei, das **Leitprojekt „Sprung über die Elbe“ umzusetzen**. Das Investitionsvolumen für die Internationale Gartenschau beträgt fast 80

Mio. €, für die Internationale Bauausstellung werden insgesamt rd. 100 Mio. €, davon ca. 80 Mio. € für Investitionen zur Verfügung gestellt.

- Hamburg baut mit der **Elbphilharmonie** ein neues Wahrzeichen, ein Bauwerk mit internationalem Wiedererkennungswert, das die Wahrnehmung der gesamten Stadt positiv beeinflussen und dem Leitprojekt „Kulturmetropole Hamburg“ einen wichtigen Schub geben wird. Die Stadt wird sich an den Baukosten mit einem Anteil von bis zu 77 Mio. € über das SIP beteiligen.
- **Leitprojekt „Sportstadt Hamburg“** wird über drei Handlungsfelder umgesetzt: Sportstätten, Sportveranstaltungen und Sportentwicklung. Besonders bedeutsam ist dabei der Sportpark Hamburg im Altonaer Volkspark als Leuchtturm für die „Sportstadt Hamburg“, dessen Entwicklung durch den jetzt beschlossenen Bau der Eis- und Ballsportarena einen großen Schub bekommt. Für PPP-Projekte zur Schaffung des Sportparks stehen aus SIP-Mitteln als Anschubfinanzierung insgesamt bis zu 30 Mio. € zur Verfügung.
- Der Dank des Senats gilt in diesem Zusammenhang den **Mäzenen** in dieser Stadt. Ohne ihr Engagement wäre nicht nur der Bau der Elbphilharmonie unmöglich – auch viele andere Projekte oder Angebote im Bereich der Kultur, des Sozialen oder – ganz aktuell – des Sports wären ohne ihren Einsatz nicht zu verwirklichen.

d) Keine Entwarnung: Risiken von Einnahmerückgängen und Ausgabensteigerungen nicht übersehen

- **Einnahmeentwicklung:** Laufende Steuereinnahmen in 2006 sind erfreulich, liegen aber im optimistischen Bereich der Planungen des Senats. Sie eröffnen also keine neuen Spielräume. Wenn sie tatsächlich eintreffen, werden sie zur weiteren Absenkung der Neuverschuldung in 2006 sowie zur Beseitigung von Altlasten verwendet. Sie sind damit bereits verplant. Sie sind zudem wahrscheinlich nicht nachhaltig, so dass die **Fehler des Jahres 2000** vermieden werden müssen (also: Verkündung des Endes der Konsolidierung wegen positiver Entwicklung Steuereinnahmen). Hamburg muss also mindestens das

aktuelle Verhältnis des Ausgabenniveaus zu seinen Steuereinnahmen halten, um die zur Absenkung der Neuverschuldung notwendigen Überschüsse im Betriebshaushalt in den Jahren ab 2007 nicht zu gefährden.

- Die weitere finanzpolitische Entwicklung ist – neben den **Gesamtdeutschland betreffenden Risiken**, wie einer möglichen Konjunkturabkühlung in 2007 oder möglichen Strafzahlungen, falls Deutschland erneut gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen sollte, an denen Hamburg gemäß einer Bund-Länder-Vereinbarung mit über 100 Mio. € beteiligt werden könnte – mit zusätzlichen Risiken behaftet.
 - **Sozialhaushalt:** Die bereits quantifizierbaren Belastungen durch die Bereitstellung zusätzlicher Stellen für die ARGE zur Umsetzung des SGB II (Hartz IV) und durch einen insgesamt höheren Mittelbedarf bei den Sozialhilfeausgaben sind im Wesentlichen im Haushaltsplanentwurf enthalten. Für das Risiko weiterer Kostensteigerungen im Bereich der Sozialhilfe und den Hilfen zum Unterhalt, das von der schlecht prognostizierbaren Entwicklung der Fallzahlen abhängt, ist Vorsorge im Rahmen einer globalen Mehrausgabe im Haushaltsplanentwurf getroffen worden.

Hartz IV: Die Entlastung der Kommunen in Höhe von 29,1% der Kosten der Unterkunft ist nur bis 2006 abgesichert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Haushaltsplanentwurf für 2007 bisher hierfür nur 2 Mrd. € eingestellt. Das würde eine wesentliche Absenkung des Bundesanteils bedeuten und für Hamburg ein erhebliches Haushaltsrisiko darstellen. Hinzu kommen Begehrlichkeiten anderer Länder, die die Bundesmittel zu Lasten der Stadtstaaten umverteilen wollen. Hieraus könnte sich ein Haushaltsrisiko von bis zu 100 Mio. € ergeben.
 - **Zinsentwicklung:** Die EZB hat den Leitzins in diesem Jahr bereits dreimal auf heute 3,00 % erhöht. Der Markt erwartet für dieses Jahr zwei weitere Erhöhungen, was ein erhebliches Haushaltsrisiko darstellt (Hamburg zahlt bereits rund 1 Mrd. € pro Jahr an Zinsen).

Mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 sind die **Entscheidungen für die notwendigen Zwischenschritte** getroffen, um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, in den nächsten 6

bis 10 Jahren – von heute an gerechnet – den Substanzverzehr zu beenden und die kaufmännische Ergebnisrechnung auszugleichen.

5. Handlungsbedarf für die Jahre ab 2007 und auch nach 2010 wächst

- **Konsolidierung ist Daueraufgabe.**
- **Ziel: Ausgleich der Ergebnisrechnung.**
- **Instrumente der Steuerung werden verbessert: Projekt NHH (ressourcenverbrauchsorientiertes Haushaltswesen, von Input- zur Outputsteuerung).**

- Die Lage bei den Einnahmen wird sich nicht signifikant verbessern. Die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform (möglicherweise ab 2008) sind nicht bekannt; nach unserem Modell würden sie sich mittelfristig eher positiv entwickeln. **Konsolidierung bleibt also Daueraufgabe.**
- Dabei wird der Politik in Hamburg zugute kommen, dass die **Instrumente zur Entscheidungsfindung** bis dahin noch deutlich verbessert werden, was zugleich die Transparenz der Entscheidungen weiter erhöht:
 - Mit den Jahres- und Konzernabschlüssen sowie der Ergebnisrechnung im Rahmen der Doppik wird der Substanzverbrauch der Stadt transparent, wodurch die Notwendigkeit der weiteren Konsolidierung offensichtlich und leichter kommunizierbar wird.
 - Mit dem Projekt „**Neues Haushaltswesen Hamburg (NHH)**“ sollen die mit der Doppik für die Rechnungslegung entwickelten Grundsätze in einem nächsten Schritt auch auf die Haushaltsplanung und -bewirtschaftung angewendet werden. Damit werden die Steuerungsfähigkeit des Haushalts und dadurch das Budgetrecht der Bürgerschaft sowie die Gestaltungskompetenz des Senats gestärkt. Der Senat steuert von einer Input- zu einer Outputorientierung um. Nicht der Einsatz von möglichst viel Geld kennzeichnet verantwortungsbewusste Politik, sondern die Konzentration auf den mit den eingesetzten Mitteln erzielten Erfolg. Ziel des Projekts „NHH“ ist es, die Inhalte des Leitbilds und strategische Vorgaben für Leistungen der Verwaltung mit Entscheidungen über den dafür notwendigen Ressourcenverbrauch zu verknüpfen. Dazu wird das neue Haushaltswesen nach dem Beschluss des Senats

zur Projekteinsatzung zunächst in ausgewählten Aufgabenbereichen erprobt, die im nächsten Doppelhaushalt abgebildet werden können.

- Das **große Ziel für die Zeit nach 2010** ist klar benannt: Der Senat und die Bürgerschaft müssen – von heute an gerechnet – in den nächsten 6 bis 10 Jahren den Substanzverbrauch beenden und die kaufmännische Ergebnisrechnung ausgleichen. Hamburg muss bis dahin also dazu in der Lage sein, seine Abschreibungen auf Investitionen und die notwendigen Pensionsrückstellungen in jedem Jahr zu erwirtschaften.
- Wenn wir dieses hochgesteckte Ziel im Interesse unserer Kinder und Enkel erreichen wollen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt langfristig zu bewahren, dann können wir uns auf dem vorgezeichneten Weg **kein Innehalten** erlauben! Denn wir alle wollen die Stadt im Aufbruch nicht abbremsen.

6. Aufgaben der öffentlichen Unternehmen werden am Leitbild orientiert

- Ein starkes und soziales Hamburg muss steuern (Standards setzen, Kontrolle ausüben) und nicht selbst Unternehmen betreiben.
- Dementsprechend alle öffentlichen Unternehmen danach kategorisiert, ob sie für Standort Hamburg unverzichtbar sind und ob öffentlicher Mehrheitsbesitz notwendig.
- Maßstab ist ihre Stadtrendite: Welchen Nutzen erbringen sie gesamthaft für die Entwicklung der Stadt? – und nicht (nur): Welchen Jahresüberschuss erwirtschaften sie?
- Beteiligung Privater in jedem Einzelfall nach klaren Kriterien der Stadtrendite am Leitbild orientiert. Grundsatz ist: Keine Privatisierung nach Kassenlage.
- Schulden öffentlicher Unternehmen sind keine Schulden des Haushalts.

- Aus dem Leitbild ist der Grundsatz der Aufgabenkritik abgeleitet. Die Aufgabenkritik umfasst auch die Neupositionierung im Hinblick auf die Rolle der öffentlichen Unternehmen nach **ordnungspolitischen Kriterien**: Ordnungspolitisch ist es Aufgabe des Staates, die Erbringung von Leistungen für die Bürger zu gewährleisten und zu steuern – sie aber nicht unbedingt selbst zu erbringen. Es braucht im Gegenteil einer besonderen Rechtfertigung, wenn der Staat selbst unternehmerisch tätig wird, weil zukunftssichere Arbeitsplätze eher durch privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen geschaffen werden. Staatsbetriebliche Modelle sind historisch flächendeckend gescheitert.
 - Vor diesem Hintergrund hat der Senat bereits im September 2003 alle Beteiligungen der Freien und Hansestadt vier **Kategorien** zugeordnet und damit festgelegt, ob und in welcher Höhe der Staat diese mittel- und langfristig halten sollte.
 - Die öffentlichen Unternehmen, aufgelistet mit ihren wesentlichen Daten im Beteiligungsbericht des Senats, gehören nicht zum Kernhaushalt. Sie gehören aber auch nicht den Kunden, Patienten, Mietern oder Gewerkschaften, sondern der Stadt, soweit sie Anteile daran hält.

- Die öffentlichen Unternehmen unterliegen dem privaten Gesellschaftsrecht und nicht dem Recht der öffentlichen Haushalte. Sie sind Wirtschaftsunternehmen und nicht Zuwendungsempfänger.
 - Nach diesen Grundsätzen muss die Stadt diese Unternehmen bzw. ihre Anteile an diesen Unternehmen behandeln. Wir messen den Erfolg der öffentlichen Unternehmen an ihrer **Stadttrendite**: Die Frage lautet also nicht (nur): Welchen Jahresüberschuss erwirtschaften sie? Sondern: Welchen Nutzen bringen sie gesamthaft für die Entwicklung der Wachsende Stadt?
 - **Beispiel SAGA/GWG**: Das Unternehmen optimiert seine betriebswirtschaftlichen Ergebnisse, wertet seine Wettbewerbsposition auf und kommt dadurch erst in die Lage, wohnungspolitische Ziele im Sinne der Wachsenden Stadt umzusetzen: Es investiert in benachteiligte Stadtteile und stellt die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicher. Das Unternehmen ist ein wichtiges Instrument der Stadtentwicklung. Dies – zusammen mit dem Jahresüberschuss – stellt die Stadttrendite dar.
- Dementsprechend kann auch die Frage einer Beteiligung Privater an öffentlichen Unternehmen nicht generell, sondern nur für den **Einzelfall** beantwortet werden, und zwar nach den Kriterien, die zur Einordnung in die bekannten Kategorien geführt haben. Es bleibt für diesen Senat bei dem Grundsatz: „**Keine Privatisierung nach Kassenlage!**“
 - Danach kommt die Privatisierung der Wasserwerke nicht in Betracht. Die **HWW** bleiben zu 100% in öffentlicher Hand. Sie arbeiten nicht nur profitabel, sondern stellen eine qualitativ hochwertige und preiswerte Versorgung der Menschen sicher und erbringen so ihre Stadttrendite.
 - Aufgrund der hohen Stadttrendite der städtischen Wohnungsunternehmen **SAGA und GWG** wurde vom Senat eine andere Lösung als eine Privatisierung präferiert: Die SAGA hat die Anteile an der GWG übernommen und damit den Konzern weiter gestärkt. Die Mittel für die Kaufpreiskosten erbringt die SAGA aus Innenfinanzierungsmitteln, ohne dass dafür notwendige Investitions- und Instandhaltungsausgaben reduziert werden müssten.

- Die Teilprivatisierung des **LBK** war ein notwendiger und folgerichtiger Schritt. Damit wurde einerseits der Interessenkonflikt gelöst, der immer dann besteht, wenn der Staat gleichzeitig Krankenhäuser betreibt und die gesetzlich vorgeschriebene Aufsicht über seine eigenen Wettbewerber im Krankenhausmarkt ausübt. Dabei nutzte der Senat die besondere Chance, zur Stärkung des Gesundheitsstandorts einen strategischen Investor zu gewinnen. Die Teilprivatisierung war Voraussetzung für eine erfolgreiche Sanierung des LBK, die die neue unternehmerische Führung eingeleitet hat.

Die Maßnahmen greifen: Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen und die Betriebsleistung des LBK sind genauso angestiegen, wie das Betriebsergebnis (ohne Altersversorgung). Die Fallzahlen und Belegungstage steigen im Vergleich zu 2004 wieder an. Dadurch konnte die Anzahl der medizinischen Mitarbeiter um 39 auf 6.783 erhöht werden. Dies zeigt, dass Sorgen zur Entwicklung der Beschäftigung in patientennahen Bereichen unbegründet waren. Damit bleibt die Qualität der medizinischen Versorgung gesichert.

- Wie beim LBK soll auch der **Pflegebereich von p&w** durch einen strategischen privaten Betreiber gestärkt werden. Der Betrieb von Pflegeheimen gehört nicht zu den Aufgaben, die der Staat selbst erbringen muss. Es wäre ordnungspolitisch fragwürdig, gleichzeitig die Heimaufsicht zu führen und Wettbewerber im Markt zu sein. Die Entscheidung für einen Investor habe ich vorgestern mit der Bürgermeisterin der Öffentlichkeit vorgestellt.
- Bei der **HHLA** verfolgt der Senat das Ziel, sie dazu in die Lage zu versetzen, die für den Hafenstandort Hamburg notwendigen Investitionen von rund 1 Mrd. € tätigen zu können. Die dafür erforderlichen Mittel können weder von der HHLA allein noch aus Steuergeldern aufgebracht werden. Deshalb beabsichtigt der Senat einen Minderheitsanteil an der HHLA zu veräußern. Ob dies durch einen Börsengang oder einen Verkauf an einen oder mehrere Investoren geschieht, ist noch nicht entschieden.
- **HSH Nordbank**: Die Fusion der Landesbanken Hamburgs und Schleswig-Holsteins verfolgte neben der Schaffung einer starken Bank im

Norden das Ziel, die strategische Hoheit über die Anteile der Freien und Hansestadt Hamburg zurück zu gewinnen, die Hamburg durch den Verkauf von Anteilen an Schleswig-Holstein verloren hatte. Bei der Veräußerung von 49,5% der Anteile an der Hamburgischen Landesbank an die Landesbank Kiel im Jahr 1997 hatte sich Hamburg vertraglich verpflichtet, auch die weiteren Anteile nur an die Landesbank Kiel zu verkaufen. Mit der Fusion zur HSH Nordbank hat Hamburg seine strategische Hoheit zurück gewonnen und den Bankenstandort Hamburg nachhaltig gestärkt, wozu auch der geplante Börsengang beitragen soll.

- **TÜV:** Ziel des Verkaufs der Technischen Prüfstelle Hamburg an die Unternehmensgruppe TÜV Süd im Jahr 2003 war es, einerseits den Haushalt zu entlasten und andererseits dieses Geschäftsfeld durch Private in Hamburg zu entwickeln. Die staatliche Technische Prüfstelle arbeitete Jahrzehntlang defizitär, während die privaten TÜVs in ganz Deutschland Gewinne erwirtschaften und diese in neue Geschäftsfelder investieren und damit ihre jeweiligen Standorte gestärkt haben.

Exkurs: Schulden öffentlicher Unternehmen

- Die öffentlichen Unternehmen bilanzieren seit jeher nach kaufmännischen Grundsätzen. Sie tragen nicht die Verluste des öffentlichen Haushalts, weder direkt noch indirekt. Im Gegenteil: Das Beispiel LBK zeigt, dass es gelungen ist, nachhaltige Verluste zu Lasten des Haushaltes durch Privatisierung zu stoppen. Eines der wenigen Beispiele, in dem ein öffentliches Unternehmen Kredite für eine Investition aufgenommen hat und kurzfristig hieraus ein negatives Ergebnis erzielt hat, ist der Erwerb der Beiersdorf-Anteile durch die HGV. Die HGV und der Senat sind aber überzeugt, dass diese Differenz bei einem zukünftigen Verkauf der Anteile zurück gewonnen werden kann. Auch diese Beteiligung war im Sinne der Stadttrendite eine kluge Entscheidung, weil so der Standort Hamburg dauerhaft gestärkt werden konnte.
- Schulden öffentlicher Unternehmen sind **keine Schulden des Haushalts**, wie vielfach suggeriert wird. Für sie hat das jeweilige Unternehmen aufzukommen

und nicht die Allgemeinheit über Steuerzahlungen. Die Unternehmen tun dies über ihre Preise bzw. Gebühren, die sie für ihre Leistungen erheben.

- Darüber hinaus übersteigen die Vermögenspositionen der öffentlichen Unternehmen auf der Aktivseite in ihren Bilanzen in aller Regel die Schuldspositionen auf der Passivseite. Sie sind also **wirtschaftlich gesund**, weil sich eine bilanzielle Nettovermögensposition ergibt. Das bilanzielle Nettovermögen ist in 2005 gegenüber 2004 insgesamt sogar leicht angestiegen.
- Insofern gilt für öffentliche Unternehmen nichts anderes als für Unternehmen der Privatwirtschaft: Sie finanzieren Investitionen zum Teil kreditär, die notwendig sind, um dauerhaft am Markt bestehen bzw. expandieren zu können. So wird z.B. die HHLA einen Teil des notwendigen Investitionsvolumens in neue Hafenanlagen kreditär finanzieren. Sie tut dies, um den prognostizierten Zuwachsraten im Containerumschlag gerecht werden und so dauerhaft am Markt bestehen zu können.
- Mit der Einführung der Doppik und der Vorlage eines ersten **Konzernabschlusses** in 2008 für das Jahr 2007 werden wir die Bilanzen der öffentlichen Unternehmen in die Gesamtschau einbeziehen. Das wird aber den heute schon transparenten Befund hinsichtlich der Verschuldung nicht verändern.

7. Entscheidungen auf Bundesebene aktiv mitgestalten

- **Hamburg gestaltet als starkes Land Bundesgesetze aktiv mit.**
- **Unternehmensteuerreform muss dazu führen, dass Gewinne wieder in Deutschland versteuert werden.**

- Grundsatz: Der Senat macht die Verwirklichung des Leitbildes nicht von den Entwicklungen in der Bundesregierung abhängig. Wir haben aber den Anspruch, Bundesgesetze aktiv mitzugestalten. Dazu setzen wir auch auf die Unterstützung durch die Hamburger Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen.
- Hamburg – eine Stadt im Aufbruch – wird im Bund deutlich vernommen. Dazu trägt unsere verantwortungsbewusste Finanzpolitik maßgeblich bei. Als einziges finanzstarkes Bundesland im Norden und als einziger finanzstarker Stadtstaat genießt Hamburg eine Sonderstellung, die es im Interesse des gesamten Nordens auszufüllen bereit ist. Unsere natürlichen Partner sind dabei unsere Nachbarn im Norden, aber auch die finanz- und wirtschaftsstarken Länder im Süden.
- Das für den Haushalt 2007/2008 bedeutsamste Reformvorhaben ist die **Unternehmensteuerreform**, die die Wachstumskräfte nachhaltig stärken könnte. Hierzu werden noch in diesem Jahr gesetzgeberische Maßnahmen umzusetzen sein.
 - Der Senat hat seine Hauptziele für die Reform der Unternehmensbesteuerung frühzeitig in die Diskussion eingebracht:
 - Der Investitionsstandort Deutschland muss durch eine Entlastung der Unternehmen spürbar gestärkt werden.
 - Die Besteuerung hat dort stattzufinden, wo die Wertschöpfung stattfindet. Deutschland darf also nicht länger zu Lasten der deutschen Bemessungsgrundlage Gewinne exportieren und Verluste importieren.

- Die Reform muss die Eigenkapitalfinanzierung und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen fördern.
 - Und es muss ein dauerhaftes und verlässliches Unternehmenssteuerrecht geschaffen werden, weil Planungssicherheit einen wichtigen Standortfaktor für Unternehmen darstellt.
- Der **Länderfinanzausgleich** könnte im Rahmen des Zweiten Teils der Föderalismusreform (Finanzverfassung) ein Thema sein, wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klage Berlins auf Anerkennung als Haushaltsnotlagen-Land dazu Anlass geben sollte.
 - Hamburg bleibt weiterhin finanzstark und zahlt kräftig seinen Solidarbeitrag. Die Grenze der Belastbarkeit ist jedoch erreicht: Wir gehen für 2006 von Zahlungen in den Länderfinanzausgleich von 430 Mio. € aus, der Haushaltsplanentwurf sieht für 2007 Leistungen in Höhe von 440 Mio. € und für 2008 von 490 Mio. € vor. Mit der Finanzplanung müssen wir bis 2010 mit einer Zahlungsverpflichtung in Höhe von 570 Mio. € rechnen. Dies entspricht über 90% der gesamten Landessteuern, die Hamburg einnimmt.

8. Schluss: Der Haushalt sichert die Zukunft unserer Bürger und Betriebe

- **Finanzpolitische Disziplin und Kontinuität für den Rest der Legislaturperiode sind Grundvoraussetzungen, um die kaufmännische Ergebnisrechnung in den nächsten 6 bis 10 Jahren auszugleichen.**
- **Wir sichern die Zukunft unserer Bürger und Betriebe und bauen konsequent Zukunftslasten für die nächsten Generationen ab.**
- **Unsere Finanzpolitik sichert ein starkes und soziales Hamburg.**

- Hamburg ist eine **Stadt im Aufbruch**. Das macht die Stadt attraktiv für Menschen, die hier arbeiten und wohnen, für Betriebe, die hier Beschäftigung sichern und schaffen, für Touristen, die die Weltoffenheit Hamburgs erleben wollen.
- Die **Finanzpolitik des Senats unterstützt diesen Aufbruch** und sichert ihn – im Interesse der Hamburger Bürgerinnen und Bürger sowie der Betriebe.
- Die **Herausforderungen wachsen** jedoch, der finanzielle Spielraum wird enger. Mit den Erkenntnissen aus der kaufmännischen Bilanzierung werden in Zukunft noch mehr mutige Entscheidungen und Taten auf dem Gebiet der Finanzpolitik erforderlich sein.
- Die eingebrachten Haushalte 2007/2008 und die mittelfristigen Planungen sichern die Verwirklichung des Leitbildes, finanzieren die politischen Schwerpunkte und halten gleichzeitig konsequent am Konsolidierungskurs fest. **Finanzpolitische Disziplin und Kontinuität für den Rest dieser Legislaturperiode bleibt Grundvoraussetzung zur Erreichung des Ziels**, in den nächsten 6 bis 10 Jahren ab heute den Substanzverbrauch zu beenden und die kaufmännische Ergebnisrechnung auszugleichen. Mit unserer Finanzpolitik sichern wir die Zukunft unserer Bürger und Betriebe – und zeigen ihnen Chancen für ihre weitere Entwicklung auf.

- Der Senat erfüllt mit seinem Haushalt und seiner Finanzplanung auch das Gebot der **Nachhaltigkeit**. Wir bauen konsequent Zukunftslasten ab und werden damit unserer Verantwortung für die nächsten Generationen gerecht.
- Die Anstrengungen lohnen sich. Die vorgelegten Haushalte sichern ein **starkes und soziales** Hamburg – heute und in den nächsten Jahren.

Gesamtübersicht zum Finanzplan 2006-2010 in Mio. Euro

Einnahme- / Ausgabeart		Haushalts- plan akt. 2006	Haushaltsplan- Entwurf		Finanzplanung	
			2007	2008	2009	2010
	Einnahmen					
1	Hamburg verbleibende Steuern	7.300	7.491	7.727	8.012	8.388
1.1	Steuern vor Finanzausgleich	7.730	7.931	8.217	8.542	8.958
2	Übrige laufende Einnahmen	1.385,4	1.321,7	1.327,3	1.274	1.272
3	Bereinigte Betriebseinnahmen	8.685,4	8.812,4	9.053,9	9.286	9.660
4	Spezielle Investitionseinnahmen	161,2	134,1	117,8	116	143
5	Bereinigte Gesamteinnahmen	8.846,6	8.946,4	9.171,7	9.402	9.803
6	Finanzausgleich	430,0	440,0	490,0	530	570
7	Vermögensmobilisierung und Entnahme aus Rücklagen/Stöcken	215,2	428,0	464,4	512	337
7.1	darunter: zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme	215,2	428,0	464,4	512	337
8	Haushaltstechn. Verrechnungen	9,9	8,4	8,4	8	8
9	Krediteinnahmen	650,0	550,0	500,0	450	400
10	Gesamteinnahmen	10.151,7	10.372,8	10.634,4	10.903	11.119
	Ausgaben					
11	Personalausgaben	3.409,2	3.318,8	3.379,1	3.483	3.572
11.1	Aktivbereich inkl. Nebenleistg.	2.374,7	2.262,5	2.290,5	2.357	2.412
11.2	Versorgungsbereich inkl. Nebenleistg.	1.034,5	1.056,3	1.088,7	1.127	1.160
12	Schuldendienst und -hilfen	1.111,7	1.063,8	1.136,6	1.204	1.276
12.1	Zinsen	1.016,6	974,3	1.035,2	1.081	1.141
12.2	Tilgung	8,5	11,9	11,9	13	11
12.3	Schuldendiensthilfen	86,7	77,6	89,6	111	124
13	Sach- und Fachausgaben	4.055,5	4.344,6	4.408,1	4.469	4.487
13.1	Sozialhilfe	1.164,1	1.211,8	1.209,2	1.206	1.207
13.2	Sonstige gesetzliche Leistungen	911,1	920,3	928,9	932	927
13.3	Übrige Sach- und Fachausgaben	1.980,3	2.212,5	2.270,0	2.330	2.353
14	Glob. Mehr- / Minderausgaben	100,3	62,7	69,1	74	70
15	Bereinigte Betriebsausgaben	8.676,7	8.789,9	8.993,0	9.230	9.405
16	Investitionen	1.033,9	1.130,3	1.139,7	1.125	1.125
17	Bereinigte Gesamtausgaben	9.710,5	9.920,2	10.132,7	10.355	10.530
18	Finanzausgleich	430,0	440,0	490,0	530	570
19	Zuführung an Rücklagen	11,1	12,7	11,8	18	18
20	Haushaltstechn. Verrechnungen					
21	Deckung von Fehlbeträgen					
22	Gesamtausgaben	10.151,7	10.372,8	10.634,4	10.903	11.119
23	Finanzierungssaldo (5-17)	-864,0	-973,7	-961,0	-953	-727
23.1	- Betriebshaushalt (3-15)	8,7	22,5	60,9	56	255
23.2	- Investitionshaushalt (4-16)	-872,7	-996,2	-1.021,9	-1.009	-982

Steuern und Finanzausgleich 2005-2008

	2005		2006		2007		2008	
	Ist	Erwartung gem.äß Steuer- Schätzung Mai 2006	Verände- rung 2006/2005 Soll/Ist	Erwartung gemäß Steuer- Schätzung Mai 2006	Veränderung 2007/2006	Erwartung gemäß Steuer- Schätzung Mai 2006	Verände- rung 2008/2007	
	Mio. Euro		in %	Mio. Euro	in %	Mio. Euro	in %	
1. Lohnsteuer ^{a,c)} vor Zerlegung	3.374	3.421	1,4	3.490	2,0	3.587	2,8	
abzgl. Zerlegung	1.235	1.231	0,4	1.259	-2,3	1.294	-2,8	
nach Zerlegung	2.139	2.191	2,4	2.231	1,8	2.293	2,8	
2. Veranl. Einkommensteuer ^{a,b)}	492	564	14,6	587	4,2	641	9,1	
3. Nicht veranl. St. v. Ertrag ^{a,b)}	191	275	43,6	280	1,8	290	3,4	
4. Zinsabschlag ^{a)} vor Zerlegung	108	106	-1,3	109	2,6	111	1,5	
zuzgl. Zerlegung	24	34	40,3	28	-16,7	29	2,0	
nach Zerlegung	132	140	6,3	137	-2,0	139	1,6	
5. Körperschaft-St. vor Zerlegung a,b)	826	870	5,4	850	-2,3	837	-1,6	
abzgl. Zerlegung	232	235	-1,3	230	2,1	227	1,5	
nach Zerlegung	594	635	6,9	620	-2,4	610	-1,6	
6. Eink.- u. Körperschaft-St. ^{a,b,c)}								
<Summe 1. - 5. > vor Zerlegung	4.991	5.236	4,9	5.316	1,5	5.465	2,8	
abzgl. Zerlegung	1.443	1.432	0,8	1.461	-2,0	1.492	-2,1	
nach Zerlegung	3.548	3.804	7,2	3.855	1,3	3.973	3,0	
7. Umsatz- u. Einfuhrumsatzsteuer	1.071	1.190	11,2	1.270	6,7	1.303	2,6	
Hierunter: Fonds Dt. Einheit	-2,3	0		0		0		
8. Landessteuern, davon:	589	645	9,6	613	-5,0	621	1,3	
Vermögensteuer	-5,0	-2		0		0		
Erbschaftsteuer	157	160	1,8	170	6,3	178	4,7	
Grunderwerbsteuer	181	220	21,3	180	-18,2	182	1,1	
Kfz-Steuer	149	155	3,8	150	-3,2	148	-1,3	
Lotteriesteuer	76	80	5,7	82	2,5	82	0,0	
Totalisatorsteuer	3	2	-26,5	2	0,0	2	0,0	
Feuerschutzsteuer	7	10	44,2	9	-10,0	9	0,0	
Biersteuer	20	20	-1,9	20	0,0	20	0,0	
9. Gemeindesteuern, darunter:	2175	2.274	4,5	2.193	-3,6	2.320	5,8	
Gewerbesteuer ^{a)}	1667	1.760	5,6	1.740	-1,1	1.777	2,1	
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	111	110	-1,3	120	9,1	123	2,5	
Grundsteuern	384	391	1,8	396	1,3	403	1,8	
Hundesteuer	3	3	13,1	3	0,0	3	0,0	
Spielgerätesteuer	8	8	0,5	-68		12		
Zweitwohnungsteuer	2	2	-16,1	2	0,0	2	0,0	
10. Gesamtsteuereinnahmen ^{a,b,c)}								
<Summe 6. - 9. > vor Zerlegung	8825	9.345	5,9	9.392	0,5	9.709	3,4	
abzgl. Zerlegung	1.443	1.432	0,8	1.461	-2,0	1.492	-2,1	
nach Zerlegung	7.382	7.913	7,2	7.931	0,2	8.217	3,6	
11. Beitrag (-) / Zuweisung (+) im Länderfinanzausgleich	-318	-490		-440		-490		
12. Hamburg verbleibende Steuern	7.064	7.423	5,1	7.491	0,9	7.727	3,1	

Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte
a) ohne Bundesanteile b) nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen
c) nach Abzug der an das BMF zu erstattenden Vergütungen

Eröffnungsbilanz der Freien und Hansestadt Hamburg zum 01.01.2006

Aktiva

A. Anlagevermögen	46.851.120.991,58 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.927.462.074,09 EUR
1. Geleistete Investitionszuschüsse	3.862.732.031,00 EUR
2. Lizenzen, DV-Software	47.349.046,00 EUR
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	203.280,00 EUR
4. Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	17.177.717,09 EUR
II. Sachanlagen	32.613.758.773,85 EUR
1. Grundstücke für eigene Zwecke	7.534.508.406,70 EUR
<i>a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturellen Einrichtungen</i>	<i>3.505.330.163,20 EUR</i>
<i>b) Innere Sicherheit</i>	<i>361.945.400,32 EUR</i>
<i>c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen</i>	<i>495.337.955,51 EUR</i>
<i>d) Sonstige Verwaltung</i>	<i>3.171.894.887,67 EUR</i>
2. Grundstücke des Infrastrukturvermögens	12.772.194.801,53 EUR
<i>a) Straßen, Wege, Plätze, Schienenwege, Flugplätze</i>	<i>6.738.560.215,59 EUR</i>
<i>b) Hafенflächen und Gewässerschutzflächen</i>	<i>1.461.820.422,95 EUR</i>
<i>c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft</i>	<i>4.559.918.859,58 EUR</i>
<i>d) Wasserflächen</i>	<i>11.895.303,41 EUR</i>
3. Bauten für eigene Zwecke	4.226.278.020,00 EUR
<i>a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturellen Einrichtungen</i>	<i>3.284.496.179,00 EUR</i>
<i>b) Innere Sicherheit</i>	<i>265.059.374,00 EUR</i>
<i>c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen</i>	<i>139.965.525,00 EUR</i>
<i>d) Sonstige Verwaltung</i>	<i>536.756.942,00 EUR</i>
4. Bauten des Infrastrukturvermögens	3.812.207.541,00 EUR
<i>a) Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Schienenwege</i>	<i>2.042.021.855,00 EUR</i>
<i>b) Hafenanlagen und Gewässerschutzbauten</i>	<i>1.035.927.747,00 EUR</i>
<i>c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft</i>	<i>734.257.939,00 EUR</i>
5. Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung	259.840.553,00 EUR
6. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	256.274.542,38 EUR
7. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.315.409.286,85 EUR
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	437.045.622,39 EUR
III. Finanzanlagen	10.309.900.143,64 EUR
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	8.500.807.028,08 EUR
<i>a) Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO</i>	<i>24.862.889,73 EUR</i>
<i>b) Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO</i>	<i>111.275.821,80 EUR</i>
<i>c) Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO</i>	<i>78.174.800,83 EUR</i>

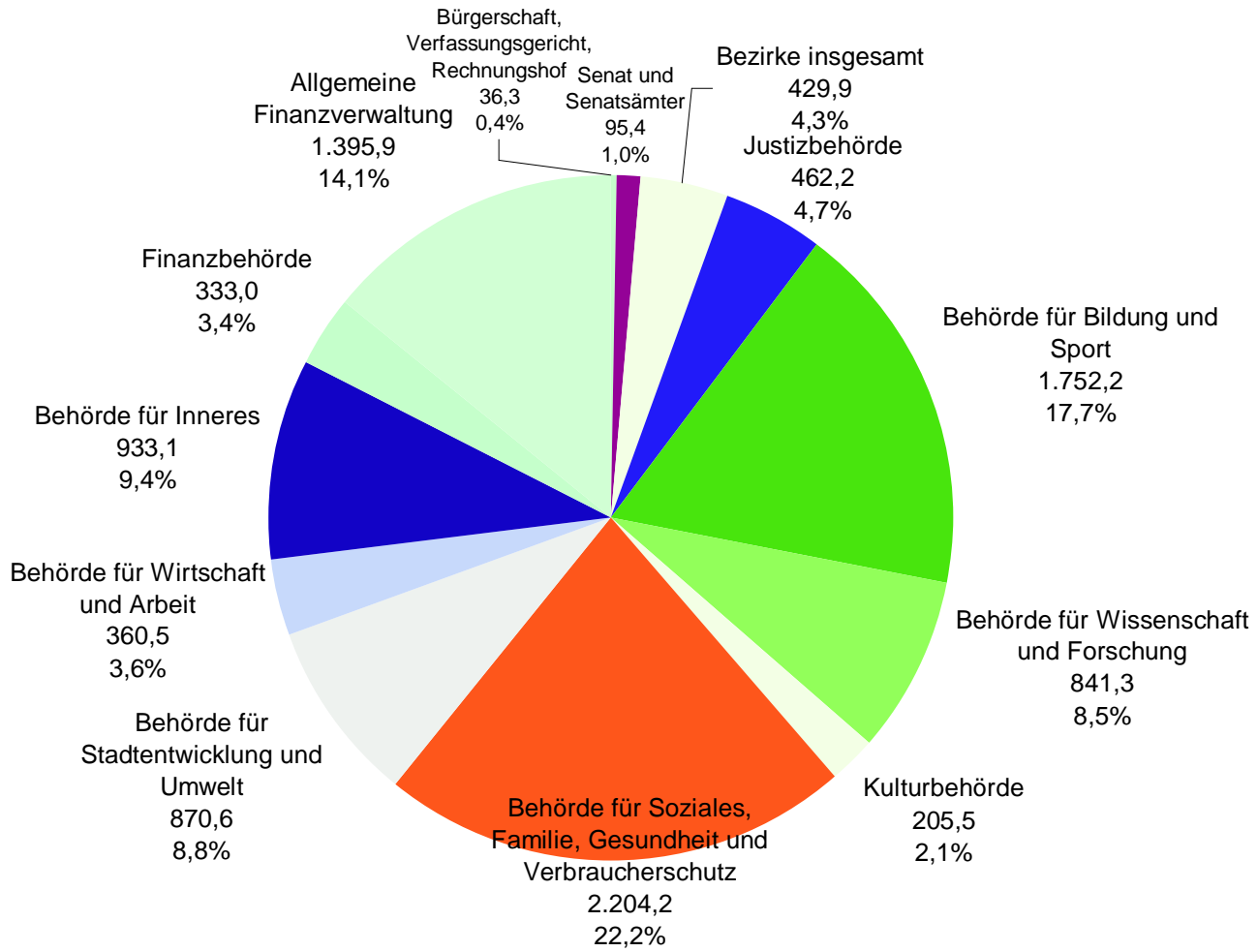
<i>d) Körperschaften, Anstalten und Stiftungen</i>	2.410.258.971,71 EUR
<i>e) Verbundene Unternehmen in privater Rechtsform</i>	5.876.234.544,01 EUR
2. Beteiligungen	1.212.522.415,10 EUR
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	138.899.379,95 EUR
<i>davon für Alterssicherung</i>	138.899.379,95 EUR
4. Ausleihungen	457.671.320,51 EUR
B. Umlaufvermögen	3.148.085.683,46 EUR
I. Vorräte	130.348.583,97 EUR
<i>davon Grundstücke zur Veräußerung</i>	128.726.583,97 EUR
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.087.727.631,26 EUR
1. Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)	766.155.453,97 EUR
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungen	683.939.658,21 EUR
3. Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	239.232.540,32 EUR
4. Sonstige Vermögensgegenstände	398.399.978,76 EUR
III. Schecks, Kassenbestände, Bundesbankguthaben, Guthaben	930.009.468,23 EUR
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	12.073.442,40 EUR
Bilanzsumme	50.011.280.117,44 EUR

Passiva

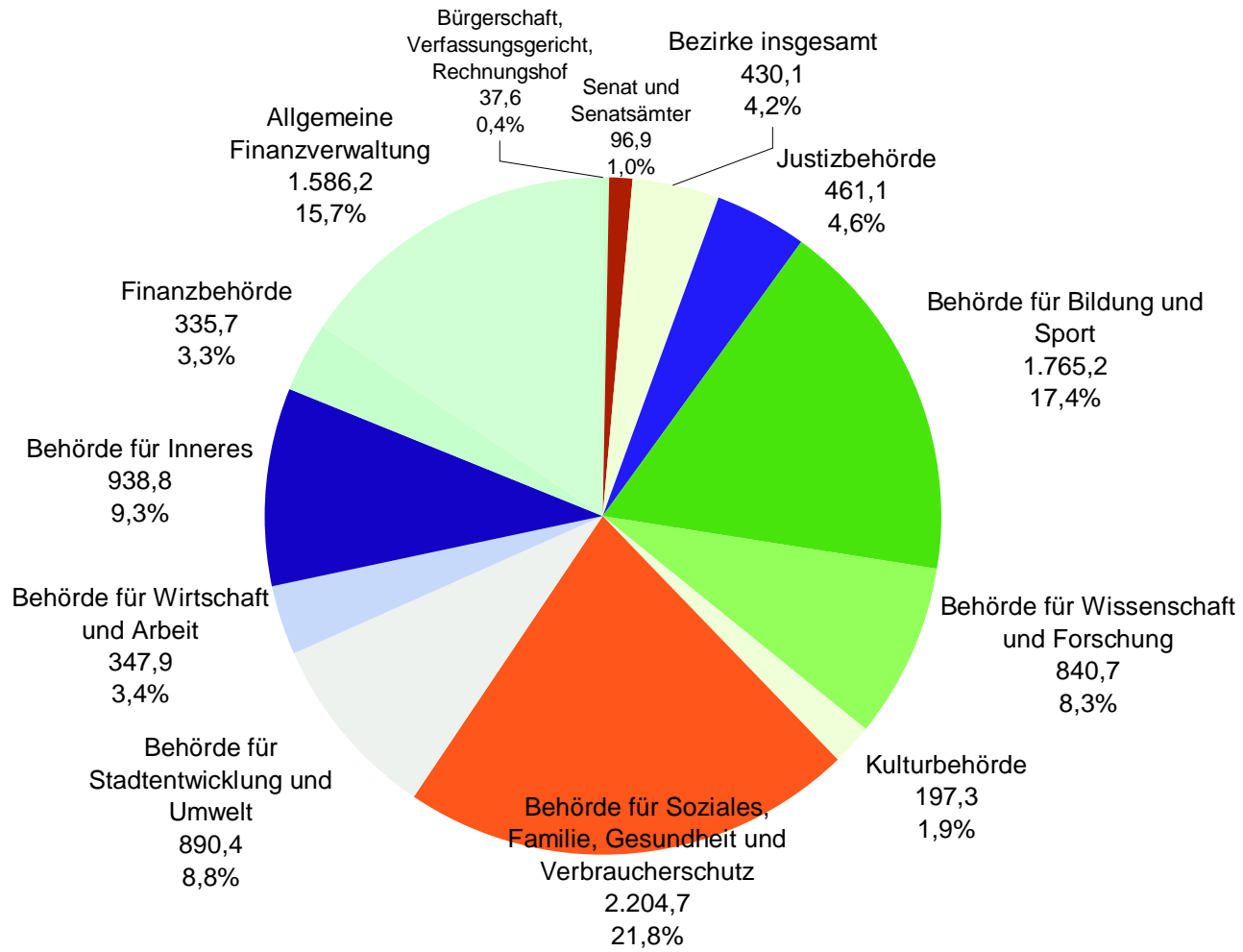
A. Eigenkapital	4.028.645.505,11 EUR
I. Nettoposition	4.028.645.505,11 EUR
II. Allgemeine Rücklage	0,00 EUR
III. Zweckgebundene Rücklagen	0,00 EUR
IV. Ergebnisvortrag	0,00 EUR
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00 EUR
B. Sonderposten	1.920.905.958,16 EUR
I. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.728.650.720,93 EUR
II. Sonderposten für Beiträge und Gebührenaussgleich	192.255.237,23 EUR
C. Rückstellungen	20.023.589.706,66 EUR
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.179.296.348,40 EUR
II. Sonstige Rückstellungen	1.844.293.358,26 EUR
D. Verbindlichkeiten	24.037.131.668,80 EUR
I. Anleihen und Obligationen	7.471.807.878,65 EUR
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.175.887.369,54 EUR
III. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	64.681.898,94 EUR

IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	1.105.450.680,21 EUR
1. Öffentlicher Bereich	858.374.347,85 EUR
<i>davon aus dem Länderfinanzausgleich</i>	<i>120.089.817,33 EUR</i>
2. Privatrechtlicher Bereich	247.076.332,36 EUR
<i>davon Rückzahlung von Steuern u.ä. Abgaben</i>	<i>215.191.913,14 EUR</i>
V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	436.069.166,77 EUR
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	783.234.674,69 EUR
E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.007.278,71 EUR
Bilanzsumme	50.011.280.117,44 EUR

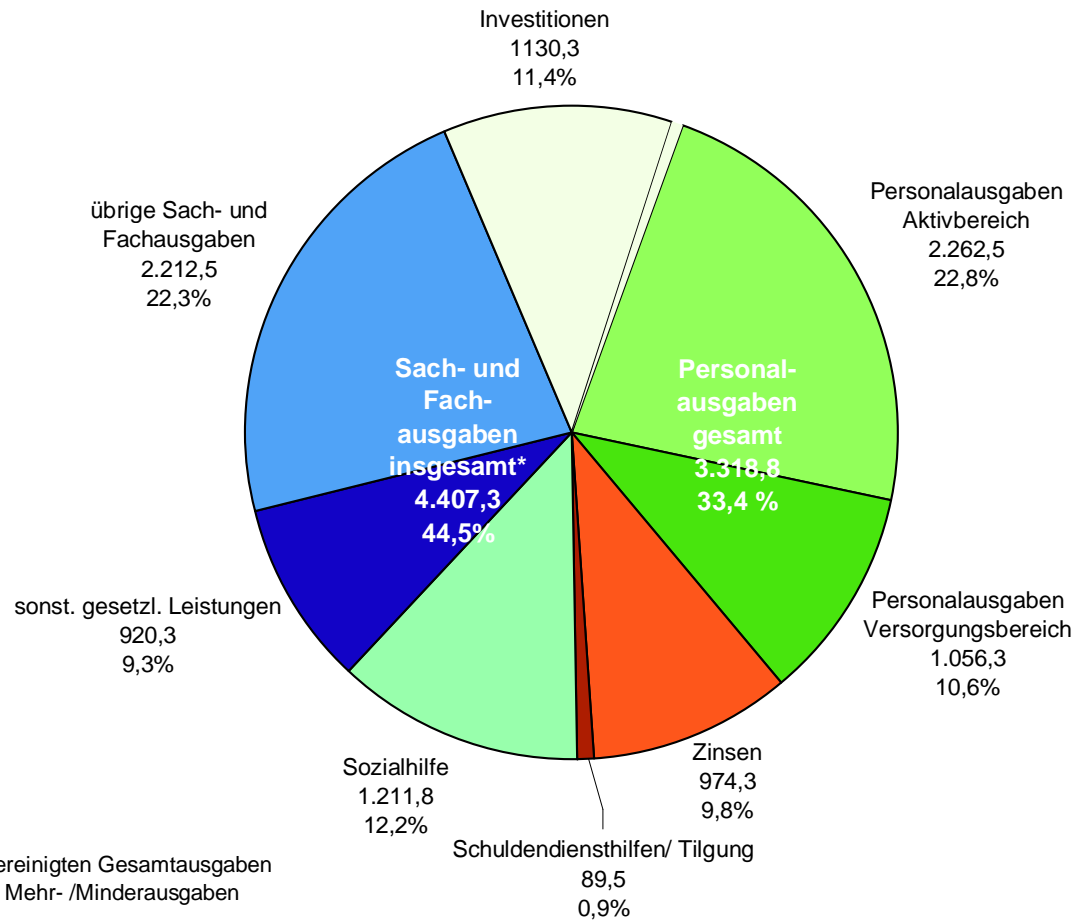
Bereinigte Gesamtausgaben 2007 nach Einzelplänen



Bereinigte Gesamtausgaben 2008 nach Einzelplänen



Bereinigte Gesamtausgaben 2007 nach Arten



In Mio. Euro und
in Prozent der bereinigten Gesamtausgaben
*einschl. globale Mehr- /Minderausgaben

Bereinigte Gesamtausgaben 2008 nach Arten

